

Positionspapier des Demokratischen Jugendringes Jena e.V.
vom 11. Juni 2020

Positionspapier der Jenaer Jugendverbände zur AfD

0. Präambel

Der demokratische Jugendring Jena verpflichtet sich in seiner Satzung dazu, die Belange der Jugendarbeit zu fördern und dem Wohle der Jenaer Jugend zu dienen. Zur Erfüllung dieses Zwecks baut der DJR seit seiner Gründung und Satzungsgebung im Jahr 1990 auf die gegenseitige Achtung seiner Mitgliedsverbände und der in den Verbänden aktiven Kinder und Jugendlichen unabhängig von deren politischen, religiösen, weltanschaulichen sowie konzeptionellen und methodischen Unterschieden. Während der DJR Jena zwar parteipolitisch unabhängig und konfessionell ungebunden agiert, verpflichten sich der DJR Jena und seine Mitgliedsverbände auf dieser Grundlage seit jeher auch zu einer Erziehung zu Frieden und Gewaltlosigkeit und wenden sich entschlossen gegen Militarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und soziale Diskriminierung, die sie als Ideologien der Ungleichwertigkeit erkennen und verurteilen.

Da in den vergangenen Jahren rechtspopulistische Parteien und Positionen vermehrt Anklang und Einzug in Parlamente finden, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit immer deutlicher zutage tritt und Begriffe und Parolen aus der Zeit des Nationalsozialismus¹ erneut sagbar werden, gilt es gerade jetzt diese gemeinsamen Werte der Jugendverbandsarbeit in Jena deutlich zu benennen und offensiv nach außen zu tragen. Aus diesem Grund verabschiedete der DJR Jena am 17. Juni 2019 ein Positionspapier, das sich gegen rechtspopulistische Bewegungen, Parteien und gesellschaftliche Tendenzen richtet und sich für eine Welt ausspricht, in der alle ohne Angst verschieden sein können. In diesem Positionspapier verpflichteten sich der DJR Jena und seine Mitgliedsverbände unter anderem dazu, Vertreter*innen demokratiefeindlicher Organisationen bei ihren Veranstaltungen und in ihrer Arbeit kein Forum zu bieten¹.

¹ Positionspapier des DJR Jena: „*Parteiunabhängig aber parteiisch. Für eine Welt in der alle ohne Angst verschieden sein können.*“ Abrufbar unter <https://jugendring-jena.de/positionspapier-des-demokratischen-jugendringes-jena-e-v/>.

Die Auseinandersetzung mit wesentlichen Positionen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) macht deutlich, dass es sich bei dieser Partei um eine derartige demokratiefeindliche Organisation handelt. Sie widerspricht nicht nur der Wertebasis des DJR Jena und seiner Mitgliedsverbände, sondern vertritt völkische Ideologien, die den Boden der demokratischen Grundordnung verlassen. Deshalb sprechen sich der DJR Jena und seine Mitgliedsverbände gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD und der ihr nahestehenden Organisationen aus.

1. Die AfD ist eine antidemokratische Partei

Seit ihrer Gründung 2013 ist es der AfD in den vergangenen Jahren gelungen, in alle Landesparlamente und auch in den Bundestag einzuziehen. Dabei hat sich die AfD seit ihrer Gründung kontinuierlich radikalisiert. Treibende Kraft hinter dieser Radikalisierung ist unter anderem der Thüringer Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke mit seiner seit 2015 aktiven Vernetzungsplattform „Der Flügel“. Bis zu seiner verkündeten Selbstauflösung im Frühjahr 2020 dominierte dieser Kreis vor allem die ostdeutschen Landesverbände und übte bundesweit einen großen Einfluss auf die Ausrichtung der Partei aus. „Der Flügel“ war maßgeblich für beide Parteispaltungen der AfD verantwortlich: 2015 wurden Bernd Lucke und 2017 Frauke Petry als Parteivorsitzende verdrängt. Spätestens seit diesen Machtwechseln ist eine Unterteilung der AfD in eine „neoliberale“ und eine „völkisch-nationalistische“ Parteiströmung nicht mehr möglich, denn das zentrale Anliegen des „Flügels“ war es, die AfD als völkisch-nationalistische Partei festzulegen. Mittlerweile wurde im März 2020 die Auflösung des Flügels vom Bundesvorstand der AfD beschlossen, um der Beobachtung durch den Verfassungsschutz entgegenzuwirken. Doch selbst die Auflösung sollte keinen Unterschied mehr machen, hat sich der Flügel doch personell und organisatorisch fest in der restlichen Partei verankert.²

Die Gesellschaftsvorstellung der AfD

Die AfD will Politik für „das deutsche Volk“ machen. Das ist für sie nicht identisch mit den in Deutschland lebenden Menschen, nicht einmal mit den in Deutschland wahlberechtigten Menschen. Was „deutsch“ ist, ist für „den Flügel“ und für die AfD eine Frage des biologischen und kulturellen Stammbaums. Dies zeigt sich exemplarisch am Landtagswahlprogramm der

²Verschiedene Einschätzungen stützen diese These, etwa: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-03/afd-fluegel-aufloesung-verfassungsschutz-thueringen-stephan-kramer>.

AfD Thüringen für das Jahr 2019. In diesem heißt es, dass ein Wahlrecht für Ausländer prinzipiell nicht mit dem Anspruch der Demokratie auf „Volkssouveränität“ vereinbar wäre.³ In dem Landtagswahlprogramm der AfD Thüringen bleibt zunächst noch unbestimmt, welche Personen mit dem diffusen Begriff „Ausländer“ gemeint sind und ob sich der Ausschluss vom allgemeinen Wahlrecht auch auf Menschen bezieht, die zwar nicht in Deutschland geboren sind, jedoch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Allerdings stellte zum Beispiel der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD Brandenburg Andreas Kalbitz (Mitglied des Bundesvorstandes der AfD), in einer Rede im Jahr 2018 über die Sozialpolitik der AfD klar, gegen welche Personengruppen sich die Politik und die Forderungen der AfD richten. Er deklarierte in dieser Rede ethnisch definierte Deutsche als Adressat*innen einer Sozialpolitik, die als Werkzeug zum „Erhalt der autochthonen Struktur unserer Gesellschaft“ fungieren müsse, mit dem Ziel „eine weitestgehende Homogenität der autochthonen Bevölkerung“ herzustellen.⁴

Wenn Kalbitz von einer homogenen, autochthonen Gesellschaft spricht, meint er ein „ursprüngliches Volk“ ohne „Einflüsse von Außen“.⁵ Damit meint er, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nur für Menschen gelten solle, die von deutschen Eltern gezeugt wurden. Die Erlangung der Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung wird auf diese Weise ausgeschlossen. Die Staatsangehörigkeit wird somit zu einer Frage der biologischen Abstammung. Dies ist ein klarer Verstoß gegen das Grundgesetz und die die Menschenwürde von Migrant*innen.⁶

Ein derartiges Gesellschaftsverständnis bestimmt maßgeblich nahezu alle politischen Positionen und Forderungen der AfD, die sich ihrem Selbstverständnis nach für den Willen des von ihr auf diese Weise definierten Volkes einsetzen möchte.⁷ Die Behauptung der Existenz eines solchen vermeintlich homogenen „Volkswillens“ und die (Selbst)Inszenierung der AfD

³ Landtagswahlprogramm der AfD 2019, S. 9.

⁴ Andreas Kalbitz (2019): „Die AfD vor der sozialen Frage“ (Vortrag beim Institut für Staatspolitik). In: https://www.youtube.com/watch?v=5oSy-B_U540&feature=youtu.be.

⁵ Mit den völkisch-nationalistischen Positionen der AfD geht eine klare Vorstellung der inneren Ordnung des von ihr definierten „deutschen Volkes“ einher. Das „Äußere“ verläuft entlang verschiedener sozialer Kategorien und geht mit diversen Diskriminierungen einher.

⁶ Bundesamt für Verfassungsschutz; Netzpolitik.org (Hrsg.) (2019): Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und ihren Teilorganisationen. In: <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/>.

⁷ Landtagswahlprogramm der AfD 2019, S. 6.

als Vertreterin desselben ist auf Grund einer ethnisch definierten Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“, also einer im Kern rassistischen Exklusionspolitik, per se antidemokratisch. Neben einer rassistischen Exklusion, die über die Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“ bestimmen soll, ist die Behauptung der Existenz eines vermeintlich homogenen „Volkswillens“ als dessen Vertreterin sich die AfD inszeniert, auch aus vielfältigen weiteren Gründen antidemokratisch. So negiert die Behauptung eines „Volkswillens“, die Bedeutung von demokratischen Institutionen und der Zivilgesellschaft als Orte der Aushandlung und Meinungsbildung. Eine Politik, die sich für ihre Legitimation auf eine solche nur behauptete Meinung stützt und real stattfindenden Aushandlungsprozessen keine Beachtung schenkt, steht den Werten der Jugendverbandsarbeit als demokratischer, zivilgesellschaftlicher Institution unvereinbar gegenüber.

In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass die AfD durch Verbindungen enge Kontakte zu verschiedenen Akteur*innen und Organisationen der sogenannten „Neuen Rechten“⁸, etwa dem „Institut für Staatspolitik“⁹ pflegt. Spätestens seit den rassistischen und gewalttätigen Ausschreitungen im August und September 2018 in Chemnitz vollziehen die AfD und insbesondere der Thüringer Parteivorsitzende Björn Höcke auch den offenen Schulterschluss mit Organisationen und Akteur*innen, die der neonazistischen Kameradschaftsszene zuzuordnen sind.

2. Widerspruch zur Arbeit des DJR und seiner Mitgliedsverbände

Das Verständnis der Jugendverbandsarbeit zeichnet sich durch die Selbstorganisation junger Menschen und die Achtung der gegenseitigen pluralen Werte und Interessen im Jugendring aus. Die Auffassung der AfD von Jugendarbeit und -politik steht dieser diametral gegenüber.¹⁰

⁸ Bei der sogenannten „Neuen Rechten“ handelt es sich um eine rechtsextremistische Intellektuellengruppe, deren theoretische Ausgangspunkte in der Konstruktion einer sogenannten „konservativen Revolution“ während der Weimarer Republik liegen und die für eine geistige Überwindung des demokratischen Verfassungsstaates eintritt. Siehe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht>

⁹ „Das Institut für Staatspolitik (IfS) gilt als der wichtigste "Think Tank" der Neuen Rechten in Deutschland, sein Ziel ist die Bildung "geistiger Eliten". Dafür setzt das IfS gezielt auf "konservative Bildungsarbeit" und knüpft geschickt Verbindungen zwischen verschiedenen rechten Strömungen“ (Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institut-fuer-staatspolitik>).

¹⁰ Siehe: Positionspapier des DJR Jena „Parteiunabhängig aber parteiisch: Für eine Welt, in der alle ohne Angst verschieden sein können“, das von den Mitgliedsverbänden und der Geschäftsstelle 2019 beschlossen worden ist.

Kinder- und Jugendpolitik der AfD

Die Thüringer AfD bezieht sich in ihrem Wahlprogramm nicht explizit auf die Jugendpolitik in Form der Jugend- und Jugendverbandsarbeit. An anderen Stellen, zum Beispiel in der Bildungs- und Familienpolitik, wird jedoch deutlich, dass sie auf diese Einfluss nehmen will. Damit offenbart sich ein Verständnis von Jugendpolitik, das die Jugendverbandsarbeit nicht als selbstständigen und zugleich wichtigen Teil der Zivilgesellschaft versteht. Insbesondere Leitziele, wie die politische Bildung und demokratische Mitgestaltung sollen beschnitten werden. Doch trifft die sogenannte Kinder- und Jugendpolitik der AfD nicht nur Verbände. Sie zielt vordergründig auf die Ausgrenzung und Diskriminierung von Personen aufgrund einzelner Merkmale, etwa ihrer Sexualität, Religion, Herkunft, politischen Meinung oder ihres sozio-ökonomischen Status‘.

Politische Bildung

Die AfD verfolgt eine Bildungspolitik, in der Kinder- und Jugendarbeit in der bisherigen Form keinen Platz haben. Hinter ihrem Bildungsbegriff steht eine vermeintliche Neutralität, die diese einzunehmen habe. Dabei verstehen sie etablierte demokratische Programme wie den "Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre" und das "Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit" als politische Indoktrination und sehen darin eine Form des politischen Kampfes gegen „die bürgerliche Mitte der Gesellschaft“. ¹¹ Daran werden zwei Dinge deutlich: Das Verständnis von einer bürgerlichen Mitte zeichnet sich für die AfD nicht zwangsläufig darin aus, dass diese demokratisch zu sein hat. Politische Bildung sollte ihrem Verständnis nach auf die Stärkung eines völkisch und biologisch begründeten Gesellschaftsverständnisses abzielen. ¹²

Dieser Forderung nach unparteiischer Bildung kann und will die Jugendverbandsarbeit nicht nachkommen. Jugendarbeit und -bildung in Vereinen und Verbänden ist nicht neutral, sondern in erster Linie immer den Interessen der jungen Menschen und ihren praktizierten demokratischen Werten verpflichtet. So haben die verschiedenen Gruppen im DJR unterschiedliche politische Interessen und Ausrichtungen. Der demokratische Auftrag der Verantwortungsübernahme, eigene Positionen einbringen und mitgestalten zu wollen, wird

¹¹ Landtagswahlprogramm der AfD 2019, S. 30.

¹² In ihrem Wahlprogramm forderten sie daher, dass die „organisch gewachsenen Traditionsbestände im schulischen und außerschulischen Bereich“ gefördert werden. In: Landtagswahlprogramm der AfD 2019, S.30.

hier praktiziert. Die Negierung dessen kommt einer Entdemokratisierung der Gesellschaft gleich. Auf Verbandsebene bedeutet dies, dass die AfD die politische Arbeit und Selbstorganisation einzelner Jugendverbände in Jena in Frage stellt und damit die Jugendarbeit und demokratische Bildung im DJR im Gesamten.¹³

Sexualbildung

Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung in Form von Aufklärung und Sexualpädagogik wird ebenfalls in Frage gestellt. Die Thüringer AfD spricht sich in ihrem Wahlprogramm gegen die „Frühsexualisierung“ und gegenwärtige Sexualpädagogik aus. Sie fordert, dass nur biologische (d.h. reproduzierende) Funktionen thematisiert werden dürfen. Das Wohl und Selbstbestimmungsrecht des Kindes oder Jugendlichen spielt eine untergeordnete Rolle.¹⁴ Damit werden Ziele der Sexualpädagogik verletzt, die junge Menschen bei der Entwicklung und Anerkennung ihrer eigenen Persönlichkeit, Beziehungsarbeit und Identität unterstützen soll. So richtet sich die AfD implizit gegen sexuelle Orientierungen und Identitäten, die nicht ihrem normativen Leitbild von Heterosexualität entsprechen.¹⁵ Die Frage der Sexualität soll weiter in der Privatsphäre der elterlichen Entscheidung liegen und nicht durch pädagogische Angebote ergänzt werden können.

Familienpolitik

Des Weiteren inszeniert sich die AfD Thüringen als „Familienpartei“, beschränkt dieses Anliegen jedoch auf die von ihr als „traditionelle“ Form bezeichnete Variante aus Vater, Mutter und Kindern.¹⁶ Dahinter verbirgt sich ein nur auf die biologische Reproduktion der Gesellschaft abzielendes Familienbild, denn für die AfD sind einzig jene Partnerschaften unterstützenswert, die einen „reproduktiven Beitrag“ für die Gesellschaft leisten, also der biologischen Fortpflanzung dienen. Ein solches Bild steht einerseits nicht mit der gesellschaftlich gelebten

¹³ Dies wird beispielsweise in Zitaten Höckes deutlich, wenn er etwa fordert: „Im Hintergrund sehen Sie die Opfer der deutschen Bildungskatastrophe.“ Diese seien auch in Vereinen engagiert, die man nicht mehr tolerieren werde. „Wir werden diese sogenannte Zivilgesellschaft dann leider trockenlegen müssen“. Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/pegida-dresden-demonstration-bjoern-hoecke>).

¹⁴ Dies wird daran deutlich, dass bspw. im AfD-Bundestagswahlprogramm 2017 S. 41 als Grund für ihre politischen Forderungen die Bekämpfung des „Umerziehungsprogramms“, das die traditionelle Familie gefährde, genannt. Letztlich ist also Sexualpädagogik als solche der politische Feind – wissenschaftliche Erkenntnisse und Auseinandersetzungen werden als „ideologische Experimente“ diffamiert.

¹⁵ Landtagswahlprogramm der AfD 2019, S. 30f.

¹⁶ Landtagswahlprogramm der AfD 2019, S. 21.

Realität in Einklang und marginalisiert auf dieser Basis all jene, die diesem Leitbild nicht entsprechen. Andererseits gehen mit dieser familienpolitischen Positionierung der AfD starre Geschlechterrollenbilder für Männer und Frauen einher, die dazu führen, dass die AfD jede Form von aktiver Gleichstellungspolitik bzw. grundsätzlich die Thematisierung von Geschlechterfragen ablehnt.¹⁷

Auffassung von Inklusion

In ihren bildungspolitischen Positionen spricht sie sich außerdem für eine "Inklusion nach Augenmaß"¹⁸ aus und meint damit den Ausschluss und die Benachteiligung von behinderten Kindern und Jugendlichen. Zum Schutz der vermeintlichen Interessen nicht-behinderter Kinder soll der Besuch von Schulen und Erziehungsanstalten ohne sonderpädagogischen Förderschwerpunkt resolut verwehrt werden. Eine solche Position, die auf einem pauschalen Ausschluss behinderter Kinder und Jugendlicher basiert, widerspricht dem demokratischen Aushandlungsprozess. Diesem ist daran gelegen, die Interessen und Bedürfnisse verschiedener Menschen zu vereinbaren und dabei Minderheiten zu schützen. Dies wird tagtäglich in der Jugendverbandsarbeit auch im Umgang mit körperlich und geistig benachteiligten Personen umgesetzt. Mit ihren Auffassungen zur Inklusionspolitik widerspricht die AfD also dem Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes, der besagt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

3. Handlungsmaximen der Jenaer Jugendverbandsarbeit

Auf Grundlage der Widersprüche zwischen den Positionen der AfD und der Jugendverbandsarbeit einigen sich der Demokratische Jugendring Jena und seine Mitgliedsverbände auf folgende Handlungsmaximen:

1. Migration, vielfältige Lebens-, Familien- und Beziehungskonzepte sind Teil der Lebensrealität junger Menschen. Wir fordern daher die politische und gesellschaftliche Anerkennung und den Schutz der Lebenswelten junger Menschen.

¹⁷ Andreas Kemper (2014): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise, S. 31.

¹⁸ Landtagswahlprogramm der AfD 2019, S. 28.

2. Jugendverbandsarbeit soll Menschen ermutigen und befähigen, sich aktiv gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im alltäglichen, öffentlichen und professionellen Kontext zu positionieren.
3. Demokratieerziehung und politische Bildung sind wesentliche Bestandteile von Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Dies muss von Stadtverwaltung und Politik anerkannt und unterstützt werden.
4. Im Anschluss an die AG Jugendarbeit rufen wir alle dazu auf, sich für ein Thüringen einzusetzen, in dem „DENK BUNT“ zur alltäglichen Handlungsmaxime wird und in dem Jugendliche und junge Erwachsene das Recht und die notwendigen Rahmenbedingungen haben, Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu leben und zu gestalten.
5. Wir rufen alle zivilgesellschaftlichen und professionellen Akteur*innen dazu auf, gemeinsam und entschlossen gegen Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einzutreten. Hierfür ist es notwendig, auch die eigene Einstellung kontinuierlich zu hinterfragen und zu entwickeln.

Zusätzlich verweisen wir nochmals auf unsere Forderungen aus dem Positionspapier des Demokratischen Jugendringes Jena e.V. vom 17. Juni 2019 - ***Parteiunabhängig aber parteiisch: Für eine Welt in der alle ohne Angst verschieden sein können.*** Gerade für die Betrachtungen und Auseinandersetzungen mit der AfD haben diese für den Demokratischen Jugendring und seine Mitgliedsverbände grundlegende Bedeutung.